

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 12/2022



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

es gehört zu den üblichen Feststellungen am Ende des Jahres, dass man meint, das Jahr sei allzu schnell vergangen. In diesem Jahr kommt es mir jedoch besonders so vor! In diesem Newsletter möchte ich auf dieses anstrengende und ereignisreiche Jahr 2022 zurückblicken. Vieles Unvorhergesehene ist uns allen widerfahren. Die Herausforderungen sind eher größer als kleiner geworden.

In den letzten Wochen haben sich wieder zahlreiche politische und gesellschaftliche Ereignisse zugetragen. Ich möchte in diesem Newsletter unter anderem über die Gaspreisbremse, die hochverräterischen Umtriebe der Reichsbürger-Szene und über die selbsternannten Klimarebellen der Vereinigung „Letzte Generation“ sprechen.

Wir als Union werden unseren Beitrag dazu leisten, dieses Land durch die Krisen zu führen und auf Zukunft hin zu gestalten – soweit uns dieses aus der Oppositionsrolle heraus möglich ist. So haben wir in den letzten Monaten nicht alle unseres Erachtens fehlgeleiteten Projekte der Ampelkoalition verhindern, aber einige doch in Teilen erheblich abändern können. Unser Ziel ist es, das Regierungshandeln deutlich kritisch und mit konstruktiven Gegenvorschlägen zu begleiten.

Ich möchte mich für das Ihrerseits im Laufe dieses Jahres entgegengebrachte Vertrauen bedanken. Ebenso freue ich mich auf das Jahr 2023 – so herausfordernd und unabsehbar es auch sein mag. Ich wünsche Ihnen alles Gute und weiterhin viel Gesundheit.

Herzliche Grüße –

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

RÜCKBLICK AUF DAS JAHR 2022

Zu Beginn des Jahres 2022 konnten wir uns kaum vorstellen, welche gravierenden Veränderungen dieses mit sich bringen sollte. Gestartet sind wir mit den immer noch großen Herausforderungen der Coronapandemie. Die Folgen der Krise wirken noch nach. Aber es ist eine wirklich erfreuliche Entwicklung, dass wir mittlerweile die pandemische Lage hinter uns gelassen haben und das Corona-Virus nunmehr endemisch geworden ist. Dass dies überhaupt geschehen konnte, haben wir den umfassenden Vorsichtsmaßnahmen und auch der großen Forschungsleistung in Deutschland zu verdanken. Denn ohne wirksame Impfstoffe und flächendeckende Impfmöglichkeiten hätten wir diesen Kampf nie gemeinsam bestehen können. Die derzeit grassierenden RSV-Infektionen verdeutlichen weiterhin die Notwendigkeit, unser Gesundheitssystem personell und finanziell gut auszugestalten.

Am 24. Februar dieses Jahres folgte der Zivilisationsbruch direkt an den Toren Europas, den wir uns eigentlich nicht mehr haben vorstellen können. Durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg hat sich das Leben von uns allen verändert – jedenfalls sind wir alle von den Auswirkungen bis heute mehr oder weniger betroffen. Am stärksten spüren wir die Folgewirkungen als private Haushalte beim wöchentlichen Einkauf im Supermarkt oder auf dem Weihnachtsmarkt: Die Preise sind enorm angestiegen. Dieses Jahr verzeichnet die Bundesrepublik Deutschland die größte Inflation seit ihrem Bestehen. Der Deutsche Bundestag hat zur Abmilderung der großen Herausforderungen zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Aus Sicht der Union hätte die Bundesregierung jedoch gezielter und schneller reagieren müssen. Es dürfen nicht nur die Symptome behandelt werden, sondern es muss auch die Ursache bekämpft werden. Das heißt konkret, dass wir auf den Angebotsschock reagieren müssen. Der Bau der LNG-Terminals an der deutschen Küste ist ein wichtiger erster Schritt, die Märkte hierzulande zu beruhigen, aber sicher nicht ausreichend. Wenn es nicht gelingt, neben kurzfristigen Maßnahmen zur Abwendung der Energieknappheit auch strukturell die Energieversorgung sicherzustellen, wird der Wirtschaftsstandort erheblichen Schaden davon tragen – mit Nachteilen für den Wohlstand der privaten Haushalte und das Gemeinwesen insgesamt.

Den Sommer über hatten wir die Möglichkeit, mit dem 9-Euro-Ticket zu erfahren, was ein preisgünstiger öffentlicher Nahverkehr alles ermöglichen kann. Zusammen mit dem Bund haben sich die Länder unter Mitwirkung der unionsgeführten Bundesländer auf die Einführung eines 49-Euro-Tickets verständigt. Das ist eine gute Maßnahme im Lichte des Klimaschutzes. Gleichzeitig bin ich

TERMINAUSWAHL

06.01.2023, 20:00 Uhr

Prinzenproklamation Karnevalsfreunde Bechen
Kürten

08.01.2023, 17:00 Uhr

„Konzert an der Krippe“
Mandolinenorchester Bergesklänge
Overath

09.01.2023, 19:00 Uhr

Neujahrsempfang der CDU Rösraath
Rösraath

11.01.2023, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Bergisch Gladbach

Sitzungswoche 16.01. – 20.01.2023
Deutscher Bundestag

Sitzungswoche 23.01. – 27.01.2023
Deutscher Bundestag

Sitzungswoche 06.02. – 10.02. 2023
Deutscher Bundestag

23.02.2023, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde
Rathaus Burscheid
Burscheid

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

froh, dass wir als Union daraufhin gewirkt haben, dass es hier eine glasklare verbindliche Regelung über die Finanzierung geben muss. Außerdem sehen wir, dass hier insbesondere Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs in Ballungsräumen und auf ausgebauten Pendler-Strecken profitieren, weniger die Menschen in ländlichen Räumen, wo es kaum oder völlig unzureichende Angebote gibt. Darum werden wir uns weiterhin und mit Nachdruck für eine Qualitätsverbesserung einsetzen.

Der überaus warme und schöne Sommer hatte viele erfreuliche Seiten: zahlreiche lange Sonnentage, Baden am Meer oder in unseren zahlreichen heimischen Gewässern – verbunden mit einer gewissen, fast mediterranen Leichtigkeit. Gleichzeitig hat der Sommer uns jedoch auch vor Augen geführt, dass wir als Bundesrepublik Deutschland in einer weltweiten Staatengemeinschaft mehr dafür tun müssen, die globale Erwärmung zu stoppen. Dies kann nur gemeinsam geschehen und muss mit vielfältigen Maßnahmen konkret umgesetzt werden.

Als CDU haben wir dieses Jahr Wahlen gewonnen und Wahlen verloren. Nach den Wahlen im Saarland und in Niedersachsen sind wir darauf verlegt, nunmehr konstruktive und engagierte Oppositionspolitik zu machen. Über die Wahlen in Schleswig-Holstein und bei uns daheim in Nordrhein-Westfalen sind wir natürlich sehr froh. Mit Daniel Günther und allen voran Hendrik Wüst haben wir zwei erfahrene und engagierte Ministerpräsidenten, die mit Augenmaß und Gestaltungsfreude ihre beiden Länder regieren. Und mit Herbert Reul und Martin Lucke sind zwei direkt gewählte Mitglieder im Landtag, die unseren Kreis in Düsseldorf bestens vertreten.

Auch in diesem Jahr sind wieder einige große Persönlichkeiten der Weltgeschichte verstorben. Erwähnen möchte ich an dieser Stelle Michael Gorbatschow. Dessen Wirken als Generalsekretär des Zentralkomitees und schließlich als Staatspräsident der Sowjetunion war entscheidend für die deutsche Einheit. Wir sind ihm auf immer dankbar für seinen persönlichen Einsatz für unsere Einheit und Freiheit. Mit Queen Elisabeth II. verliert Großbritannien ein Staatsoberhaupt, das auch die Entwicklung der Bundesrepublik und Europa mit geprägt hat. Die Queen hat in ihrer langen, über 70-jährigen Regentschaft alle deutschen Bundeskanzler und alle deutschen Bundespräsidenten erlebt. Als sie auf den Thron kam, war die Bundesrepublik Deutschland kaum drei Jahre alt. Aus verfeindeten Nationen sind heute – allen Querelen um den Brexit zum Trotz – verlässliche Partner geworden. Die Queen hatte mit ihrer stets deutschlandfreundlichen Einstellung und dem ihr eigenen Charme zur Aussöhnung beigetragen.

GEGENWÄRTIGE LAGE

Reichsbürger: Rund 3.000 Einsatzkräfte von Polizei und Verfassungsschutz waren gegen eine mutmaßliche Reichsbürger-Terrorgruppe im Einsatz. Den Tatverdächtigen werden Angriffspläne gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung

IMPRESSIENEN AUS 2022



Im September auf der Kreistierschau
gemeinsam mit Martin Lucke, MdL
(Quelle: S. Schröder)



Sommerfest der CDU Rheinisch-Bergischer
Kreis und Ehrung langjähriger Mitglieder



Zu Besuch bei Metten Stein+Design
zusammen mit meinem Berliner Team und der
Senioren Union. (Sommer 2022)

und konkret gegen den Bundestag und dessen Mitglieder zur Last gelegt. Das sind schwerwiegende Vorwürfe! Auch wenn die tatsächliche Gruppe noch so klein sein mag, so wichtig und richtig ist es, dass der Staat hier unmissverständlich handelt. Die Planung eines Staatsstreiches und die Bereitschaft, sogar dafür zu töten, stellen eine neue Dimension rechtsextremistischer Umtriebe in unserem Land dar. Die Ermittlungen bestätigen den Befund unseres NRW-Innenministers Herbert Reul, dass der Rechtsextremismus eine der größten Gefahren für unser gesellschaftliches Miteinander ist. Trotz der gravierenden im Raum stehenden Straftaten bin ich der festen Überzeugung: Unsere Demokratie ist gefestigt und stabil. Die akribische Ermittlungsarbeit und die vollzogenen Festnahmen dokumentieren die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaats.

Gaspreisbremse: In der vergangenen Sitzungswoche hat die Ampelkoalition leider wieder einmal gezeigt, dass sie große Herausforderungen erst dann angeht, wenn es beinahe zu spät ist. Schon frühzeitig hat sich die Unionsfraktion dafür eingesetzt, die Gaspreisbremse zielgerichteter auszulegen und rechtlich umzusetzen. Die Ampelkoalition hat jedoch sowohl den Sommer als auch den Herbst verschlafen und erst jetzt mit äußerst heißer Nadel in wenigen Tagen versucht, ein überaus komplexes und vielschichtiges Regelwerk zu etablieren. Man muss kein Politikwissenschaftler sein, um es für völlig unzureichend zu erachten, wenn mitten in der Nacht wenige Stunden vor der finalen Sitzung des Fachausschusses über 400 Seiten Änderungsanträge kommen. Mit transparentem, rechtzeitigem, und wohlüberlegtem demokratischem Regieren hat das wenig zu tun. Schlussendlich blieb keine Gelegenheit für Debatten und notwendige Korrekturen. So konnten wir als Union der konkreten Ausgestaltung der Gaspreisbremse nicht zustimmen, obwohl wir ein solches Instrument grundsätzlich befürworten: Erstens bleiben nach wie vor erhebliche Zweifel, ob die von der Ampel angedachte Ausgestaltung überhaupt mit Europarecht vereinbar ist. Zweitens sind die Entlastungsmodalitäten zugunsten derjenigen Verbraucherinnen und Verbraucher, die Heizöl, Flüssiggas oder Pellets nutzen, völlig ungeklärt. Drittens ist rechtlich nicht ausgereift, wie die Strompreisbremse über eventuelle Gewinnabschöpfungen gegenfinanziert werden soll. Viertens hinkt die Ampel den selbst gesteckten Zielen zum Ausbau der erneuerbaren Energien weit hinterher. Die gegenwärtige Konstruktion der Strompreisbremse kann in Einzelfällen sogar den gegenteiligen Effekt haben, indem sie klimaschonende Projekte mit erneuerbaren Energien wirtschaftlich unvertretbar werden lässt.

Die kriminellen Handlungen der sog. letzten Generation: In den letzten Wochen und Monaten häufen sich die Berichte über junge Menschen, die mit der politischen Reaktion auf die globale Erwärmung unzufrieden sind. Ich sehe uns alle in der Verantwortung, nicht schon eher und erfolgreicher gegen die Ursachen und drohenden Folgen des Klimawandels vorgegangen zu sein. Und ich habe großes Verständnis für Kritik an der Ampelkoalition, die gerne auch pointiert und lautstark artikuliert werden kann, aber:

Die grundgesetzlich verbürgte Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht und – in den Worten des Bundesverfassungsgerichts gesprochen – zu Recht schlechthin konstituierend für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Das heißt aber im Umkehrschluss nicht, dass diese Freiheit alle Handlungen erlaubt, die wir derzeit sehen. Demonstrationenfreiheit hat nichts mit dem Zerstören alter Kunstgemälde zutun. Auch unverhältnismäßige Eingriffe in den Straßen- oder Luftverkehr fallen nicht darunter. Wir sehen derzeit kriminelle Handlungen, die weit über die mit Recht geschützte Demonstrationenfreiheit hinausgehen. Es ist richtig, dass unser Rechtsstaat hierauf die notwendige Antwort findet. Ich begrüße daher alle Maßnahmen, die zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung beitragen. Gleichzeitig muss es für uns alle losgelöst von den kriminellen Handlungen weiterhin ein wichtiger Ansporn sein, dass wir auf die globale Erwärmung eine gesamtgesellschaftliche politische, wirtschaftliche und technische Antwort finden und beherzter handeln.

1 Jahr Oppositionsarbeit: Im Dezember hat die Ampelkoalition nunmehr ihren ersten unrühmlichen Geburtstag gefeiert. Es spricht Bände, dass selbst der Parteivorsitzende der SPD, Lars Klingbeil, die Ampelkoalition in einem erdachten Zeugnis lediglich mit einer 3+ bewertet. Wir als Union haben Zeit gebraucht, bis wir uns in der für uns nach 16 Jahren ungewohnten Oppositionsrolle eingefunden haben. Aber wir haben dazugelernt und nehmen diese neue Rolle gerne und konstruktiv wahr. So konnten wir in den vergangenen zwölf Monaten auch aus der Opposition heraus einige Gesetzesvorhaben auf den Weg bringen. Diese zeigen, dass wir bereit und gewillt sind, Verantwortung zu übernehmen für unser Land.

- Weiterbetrieb von Kernkraftwerken: Über das gesamte Jahr hinweg hat die Ampel gezauert, wohingegen sich die Union bereits im Frühjahr klar positioniert hat: Um der drohenden Stromknappheit und einem möglichen Blackout vorzubeugen, müssen wir die Atomkraftwerke befristet weiterlaufen lassen. Die Ampel ist – leider nur in Teilen – unserem Vorschlag gefolgt und infolgedessen bleiben die Kernkraftwerke bis März 2023 im Streckbetrieb am Netz. Im Ergebnis wird statt auf CO₂-neutrale Kernkraftwerke lieber auf CO₂-intensive Kohle- und Gaskraftwerke gesetzt.
- Gaspreisbremse statt Gasumlage: Die Bundesregierung wollte mit der geplanten Gasumlage die Energie noch teurer ausgestalten. Hier haben wir als Union unmittelbar interveniert und eine entscheidende Änderung herbeiführen können. Statt einer Gasumlage kommt nunmehr eine Gaspreisbremse, auch wenn deren jetzige Ausgestaltung handwerklich fehlerhaft erfolgt. Die Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, aber nicht weit genug.
- Mehr Netto vom Brutto: Die Ampel sah hinsichtlich der Steuerausgestaltung keinen Handlungsbedarf, obwohl im Lichte der Rekordinflation der Steuertarif ohne eine Änderung gleich geblieben wäre und sich damit wie eine faktische Steuererhöhung ausgewirkt hätte. Wir als Union haben uns hier durchgesetzt. Die Tarife wurden angepasst und die kalte Progression weitestgehend vermieden. Das ist ein wichtiges Signal an alle Berufstätigen in diesem Land.
- Fördern und Fordern: Es zählt zu den großen Errungenschaften unserer sozialen Marktwirtschaft, dass wir Menschen in Not helfen, sie aber allen voran befähigen, sich selbst zu helfen. Die Ampelkoalition wollte die Grundsätze von Solidarität und Subsidiarität außer Kraft setzen. Hier konnten wir als Union gegensteuern und haben Sorge dafür getragen, dass sich Leistung auch weiterhin lohnen muss. Zeitgleich haben wir die gebotene Erhöhung der Regelsätze mitgetragen, um die Härten der Inflation abzufedern.
- Bessere Ausstattung unserer Bundeswehr: Unsere Soldatinnen und Soldaten sind das Rückgrat unserer Verteidigung und sie garantieren die Sicherheit in unserem Land. Der russische Angriffskrieg hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass Deutschland für alle Eventualitäten gerüstet ist. Nachdem sich die SPD jahrelang geweigert hat, dem 2 %-Ziel zu entsprechen, sind zumindest nun erste Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir als Union haben aus der Opposition gerne und konstruktiv mitgewirkt und damit das Bundeswehr-Sondervermögen von 100 Mrd. Euro überhaupt erst ermöglicht. Unser Ziel bleibt jedoch weiterhin, dass unsere Bundeswehr auch über das Jahr 2025 hinaus mehr Geld erhält, um unsere Verteidigung und unsere Sicherheit zu gewährleisten.

WEIHNACHTSGRUSS

„Und der Engel sprach zu ihnen: Fürchtet Euch nicht! Siehe, ich verkünde Euch große Freude, die allem Volk wiederfahren wird.“



Liebe Leserinnen und Leser,

zum Abschluss dieses Jahres darf ich Ihnen allen auch im Namen meines Teams ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest wünschen. Möge die frohe Botschaft, die mit der Geburt von Jesus Christus an Weihnachten einhergeht, Sie auch zukünftig begleiten und Ihnen Hoffnung spenden.

Mein Team und ich sind für die zahlreichen Begegnungen in diesem Jahr dankbar. Ihre konstruktiv-kritischen und wohlmeinenden Rückmeldungen waren uns sehr wertvoll. Wir haben viele Anliegen und Anfragen mit Freude bearbeitet und hoffentlich zusammen mit Ihnen die eine oder andere Herausforderung meistern können. Gemeinsam blicken wir mit Zuversicht auf ein neues Jahr 2023. Wir wünschen Ihnen, dass Sie gesund und frohen Mutes in das neue Jahr starten. Gerne sind wir auch 2023 jederzeit für Sie erreichbar und freuen uns auf den gemeinsamen Austausch.

Alles Gute!

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef-tebroke@bundestag.de

Internet: <https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 22.12.2022
